SCHATTENBERICHTE

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Opferperspektive

Nachrichten aus der Opferperspektive | *Brandenburg – Juli 2022*

© huettenhoelscher via Canva.com

EIN VERTRAUENSBRUCH IN DIE DEMOKRATIE

Rassistische Polizeigewalt und Diskriminierung auch in Brandenburg

Geht es um das Thema Rassismus in der Polizei, wird häufig von „Einzeltätern" gesprochen, womit die Verantwortung für Fehlverhalten auf die Beamt:innen individuell geschoben wird. Selten ist die Rede von einem institutionellen und strukturellen Rassismusproblem bei der Polizei. Betroffene bringen in den meisten Fällen die Vorfälle gar nicht erst zur Anzeige, da sie die Chancen, Recht zu bekommen, als minimal einschätzen. Kommt es zu Verfahren gegen Polizist:innen, werden diese oft eingestellt, die Betroffenen müssen zudem mit Gegenanzeigen rechnen. Somit ist hier von einem besonders hohen Dunkelfeld auszugehen.

Aus Berichten von Betroffenen wissen wir, dass Rassismus und rechtes Gedankengut auch bei der Brandenburger Polizei existieren, wie sie sich manifestieren können und dass sie weitestgehend strukturell und institutionell relativiert werden. Da es bislang keine anderen Strukturen in Brandenburg gibt, um sich in Fällen nicht gerechtfertigter Gewaltanwendungen oder rassistischer Diskriminierungen durch Polizist:innen beraten zu lassen, haben sich Ratsuchende in der Vergangenheit immer wieder mit der Bitte um Unterstützung an uns gewandt. Die Anliegen reichten von Ängsten und Sorgen um die eigenen Daten beim Stellen einer Strafanzeige, nachdem über Rechtsradikale im Polizeidienst berichtet wurde (wie kürzlicher über einen Beamten aus Südbrandenburg, der mit SS-Insignien posierte); über Racial Profiling und unsensibles Verhalten durch Polizist:innen bei der Anzeigenaufnahme; bis hin zu dem Gefühl, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden. Besonders eklatant war dies im Fall der 2019 in Hohenleipisch getöteten Geflüchteten Rita O., wo die Angehörigen nach ihrem Verdacht, dass Rita O. Opfer eines Verbrechens geworden sei, keine ernsthaften Ermittlungsbemühungen erkennen konnten. In anderen Fällen berichteten Betroffene von rassistischer Polizeigewalt, wie z.B. ein Schwarzen Potsdamer, dem nach einer Verletzung im Polizeigewahrsam 2019 ein Fingerglied amputiert werden musste.

Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus. Eine funktionierende Kontrolle dieser Gewaltbefugnis gab es bisher nicht. Dies soll sich mit der neuen Stelle einer oder eines Polizeibeauftragten ändern. Am 4. April 2022 fand eine Anhörung im Innenausschuss zum Polizeibeauftragten-Gesetz statt, zu der die Opferperspektive e.V. als Expertin eingeladen wurde. Mit der Stelle wird erstmals ein demokratisches Kontrollgremium für die Landespolizei entstehen – eine Entwicklung, die wir als Opferperspektive schon seit Jahren gefordert haben und begrüßen. Wie diese Stelle ausgefüllt wird, muss evaluiert werden.

Opferperspektive - Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

INHALT

01 EIN VERTRAUENSBRUCH IN DIE DEMOKRATIE

02 POLIZIST:INNEN SIND JURISTISCH UNANTASTBAR

03 VOR ORT: DAHME-SPREEWALD, VETSCHAU, NEURUPPIN

04 KURZNACHRICHTEN, REZENSION, KONTAKT

POLIZIST:INNEN SIND JURISTISCH UNANTASTBAR

Interview mit dem Rechtsanwalt Dr. Falko Drescher über rechtswidrige Polizeigewalt

Was sind Ihre Erfahrungen mit von Polizist:innen begangenen, rassistisch motivierten Körperverletzungen? Warum kommt es da so selten zu Verurteilungen?

Wenn Polizist:innen rechtswidrig Gewalt angewandt haben und sich dafür rechtfertigen müssen, behaupten sie in der Regel, dass sie einen Angriff abwehren mussten. Aufgrund eines etablierten Zusammengehörigkeitsgefühls werden sie dabei meist von anderen Polizist:innen gedeckt. Wer also rechtswidrig durch die Polizei verletzt wird, hat eine gute Chance, obendrein noch eine Strafanzeige wegen (versuchter) Körperverletzung, Widerstandes und Beleidigung zu kassieren. Vor Gericht wirkt es sich für die Betroffenen negativ aus, dass nach Konflikten zwischen Polizist:innen und Bürger:innen die Polizei die absolute Herrschaft über die Darstellung der Geschehnisse hat. Die Behauptungen der Polizei wirken wie in Stein gemeißelt. In der Justiz gibt es einen immensen Vertrauensvorschuss in die Polizei, der geradezu ideologisch wirkt.

Die Darstellungshoheit der Polizei wird dadurch flankiert, dass man die polizeilichen Zeug:innen (sogenannte Berufszeug:innen) ermuntert, vor einer Gerichtsverhandlung den Akteninhalt durchzuarbeiten. Wenn man als normale Bürgerin oder Bürger vor Gericht mitteilen würde, dass man sich die Schilderungen anderer Zeug:innen angelesen und die Aussagen in Gruppenbesprechungen abgestimmt hat, würde die Aussage völlig entwertet sein. Zu Recht. Bei Polizist:innen wird hingegen behauptet, sie hätten sogar die Pflicht, derartiges Zeugendoping zu betreiben.

Erfahrene Rechtsanwält:innen raten deswegen dringend davon ab, Strafanzeigen gegen Polizist:innen zu stellen. Sieht man sich die Statistiken zur Ahndung von Straftaten im Amt an, wobei ja nur ein geringer Teil überhaupt bekannt wird, kommt man zu dem Schluss, dass Polizist:innen juristisch unantastbar sind. Diese Botschaft wird von diesen natürlich wahrgenommen, was überhebliches, grenzüberschreitendes und strafbares

© Dr. Falko Drescher

Verhalten fördert. Das Ansehen der Polizei und das sogenannte Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung leiden allerdings darunter.

Welche Rolle kann eine Polizeibeschwerdestelle in diesem Zusammenhang spielen?

Wir benötigen dringend eine unabhängige Ermittlungsinstanz, wenn es um Vorwürfe gegen Polizist:innen geht. Das heißt, dass nicht die Polizei gegen sich selbst und auch nicht die Staatsanwaltschaft, die den Weisungen des Justizministeriums unterliegt, die Ermittlungen durchführen sollen.

Gerade dann, wenn es nicht bloß um weniger schwerwiegendes Fehlverhalten (wie z.B. Unhöflichkeit) geht, sondern um Straftaten, ist es den Beschwerdebeziehungsweise Polizeibeauftragtenstellen bisher untersagt, tätig zu werden. Von eigener Ermittlungs- oder Anklagebefugnis dieser Stellen, die am ehesten als unabhängig angesehen werden können, sind wir weit entfernt.

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang zivilgesellschaftliche Organisationen? Was können sie effektiv bewirken?

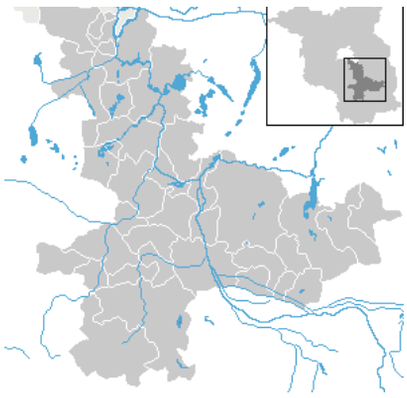
Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder den Finger in die Wunde legen, lassen sich Verbesserungen erreichen. Ich erinnere an die über Jahrzehnte erbittert geführte Diskussion um die Dienstnummerntragepflicht. Bürgerrechtliche Organisationen haben diese immer wieder gefordert, damit in Fällen nicht-rechtmäßiger Gewaltanwendung durch Polizist:innen die Täter:innen überhaupt identifiziert werden können. Trotz großen Widerstandes aus der Polizei hat sich diese Forderung letztlich doch durchgesetzt. Auch wenn man sagen muss, dass die Polizei hierauf sofort mit neuen Strategien reagiert hat. So werden Festnahmen nun regelmäßig abgeschirmt, indem sich eine Gruppe Beamter als Sichtschutz (sog. Festnahmeglocke) postiert.

Wichtig sind Unterstützer:innen auch deshalb, weil polizeiliche Straftaten oft traumatisierend wirken und die Betroffenen jede Form „moralischer Unterstützung“ gebrauchen können, um dem Gefühl der Ohnmacht zu entkommen.

Dies ist eine gekürzte Fassung. Das vollständige Interview gibt es auf der Webseite der Opferperspektive unter: www.opferperspektive.de/schattenberichte

Dr. Falko Drescher arbeitet als Rechtsanwalt in Potsdam und hat zum Thema „Wer kontrolliert die Polizei? Eine Untersuchung zu Problemen der Polizeikontrolle im Land Brandenburg“ promoviert.

DAHME-SPREEWALD



Landkreis Dahme-Spreewald (© Geograv, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons)

Im März 2022 führte die Opferperspektive ein Interview mit einem linken Aktivisten aus dem Landkreis Dahme-Spreewald. Dieser berichtete von einer erstarkten, gewaltbereiten Neonaziszene in der Region. Durch Teilnahmen und Reden auf linken Demonstrationen geriet der Betroffene ins Visier der organisierten Naziszene. Es folgten Graffiti im öffentlichen Raum, in denen er mit seinem vollen Namen angesprochen und bedroht wurde, diese wurden unter anderem an seiner Schule gesprüht. Zudem wurde eine Freundin des Betroffenen von Neonazis bedrängt und ihr wurde aufgetragen, dem Betroffenen auszurichten, dass sie ihn umbringen werden. Mehrfach wurde der Betroffene auf der Straße erkannt und musste vor rechten Angreifern flüchten. Am Tag seiner Abiturprüfungen konnte er nur durch den Schutz solidarischer Begleiter:innen das Schulgebäude betreten, da die Rechten ihm dort auflauerten.

Auf polizeiliche Anzeigen der Vorfälle verzichtete der Betroffene, da er kein Vertrauen in die Polizei vor Ort hatte, wie er in dem Interview weiter ausführt. In Königs Wusterhausen wurden zuvor lokale Polizeikräfte dabei beobachtet, als sie bekannte Protagonisten aus der organisierten Neonaziszene mit Umarmung und Händeschütteln begrüßten.

Wenig vertrauensbildend dürften auch die Aktivitäten eines Polizisten aus Heidesee sein, der in Straupitz eingesetzt wird (beides Dahme-Spreewald). Ende März wurde öffentlich bekannt, dass der Beamte mit einer SS-Uniform auf Fotos posierte und dabei einen Kleinpanzer mit Gesinnungsgenossen fuhr. Zudem war auf den Fotos zu sehen, dass er eine Waffe trug, zu der er keine Berechtigung hatte. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung fanden die Ermittler:innen dann weitere Uniformteile mit Bezug zur Waffen-SS. Teile der Wachmannschaften der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager bestanden aus Mitgliedern der Waffen-SS. Diese war maßgeblich an den von den Nationalsozialist:innen begangenen Genoziden beteiligt. Der Polizist erklärte später zu den Vorfällen, dass er sich „keiner Schuld bewusst“ sei.

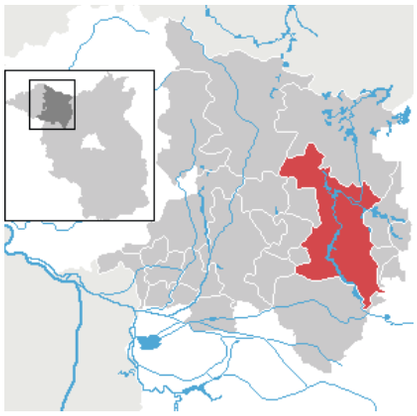
Das Interview gibt es auf der Webseite der Opferperspektive zur Nachlese unter: www.opferperspektive.de/aktuelles/interview-aktivist--spreewald

VETSCHAU

An einem Abend im März 2022 spielen Kinder mit ihrer großen Schwester, die ein Kopftuch trägt, vor dem Mehrfamilienhaus, in dem sie wohnen. Als die 17-Jährige mit ihrem kleinen Bruder etwas aus dem Keller holen möchte, treffen sie einen Nachbarn. Dieser beschimpft und bedroht die Kinder sofort aggressiv, mit frauenfeindlichen und rassistischen Beleidigungen. Auslöser ist ein Streit um das Blumenbeet vor dem Haus. Die große Schwester möchte den Sachverhalt klären, doch der Mann wird immer aggressiver. Eine Nachbarin kommt hinzu, doch anstatt dem Geschwisterpaar beizustehen, macht auch sie rassistische Bemerkungen. Als die Mutter der Kinder dazukommt, wird auch sie aggressiv bedroht und es folgen rassistische Äußerungen. Die Familie merkt, dass sie mit Gesprächen nicht weiter kommt und ruft die Polizei.

Durch die hinzugezogene Polizei fühlen sich die Betroffenen allerdings nicht ernst genommen und sind von dem unsensiblen Verhalten entsetzt. Für eine erste Befragung wird die Familie vor die Tür gebeten und muss dort, mit den kleinen Kindern, ihre Aussage in der Öffentlichkeit tätigen. Dies empfindet die Familie als respektlos, da es nun so aussieht, als ob sie die Beschuldigten seien. Die Nachbarn hingegen werden an ihrer Tür vernommen.

NEURUPPIN



Neuruppin in Ostprignitz-Ruppin (© Geograv, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons)

Im Februar 2022 in der Neuruppiner Innenstadt ist ein Schwarzer Mann auf einem Spaziergang und setzt sich auf eine Bank. Dann nähern sich ihm drei weiße Männer, die ihn rassistisch beleidigen, ihm sagen, er solle da hingehen, wo er hergekommen sei und dies sei nicht sein Land. Anschließend zerkratzt einer der Männer ihm mit langen Fingernägeln auf beiden Seiten die Wangen, wodurch blutende Wunden entstehen. Zum Schluss packt er den Betroffenen noch im Nacken und versucht seinen Kopf zu verdrehen, wogegen sich dieser aber wehren kann. Bevor die Gruppe von dem Betroffenen ablässt, sagen sie ihm noch „man sieht sich“.

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

RELAUNCH DER WEBSEITE [KEIN SCHÖNER LAND]

Die Webseite [Kein schöner Land] – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg bietet neben Hintergrundinformationen zu den Schicksalen aller Brandenburger Todesopfer Informationen zur Debatte über die Anerkennung des politischen Tatmotivs und das Gedenken an diese Menschen. Außerdem wird dort die kostenlose Ausstellung vorgestellt, die pädagogisches Begleitmaterial für Schulklassen beinhaltet: www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/home/

PUBLIKATION „RECHTE ANGRIFFE IM NETZ“

In der Broschüre wird unter anderem beschrieben, wie sich Betroffene vor rechten, rassistischen und antisemitischen Bedrohung im Netz schützen können, wie sie mit solchen Vorfällen umgehen können und welche Strategien der Gegenwehr es gibt. Angereichert werden diese Informationen mit Fallbeispielen aus der Praxis der Fachberatungsstellen. Die Broschüre gibt es als Download auf der Webseite: www.opferperspektive.de/publikationen

INTERVIEW-BROSCHÜRE: ALLTAGSRASSISMUS IN COTTBUS

Die Broschüre „Wie ein Fisch im Aquarium“ spiegelt die Erlebnisse und Wahrnehmungen von Cottbusser:innen verschiedenen Alters, Geschlechts und Herkunft wider. Die Interviewten leben teils seit Jahrzehnten, teils erst seit wenigen Jahren in Cottbus. Sie alle eint die Erfahrung mit rassistischen Anfeindungen, Ausgrenzungen und mitunter körperlicher Gewalt. Download der Broschüre unter: www.adb-brandenburg.de/veroeffentlichungen

„RASSISMUS IN DER POLIZEI – EINE WISSENSCHAFTLICHE BESTANDSAUFNAHME“

Politische Proteste wie die Black Lives Matter Bewegung oder die Kampagne für die Aufklärung des Todes von Oury Jalloh, der 2005 im Polizeigewahrsam in Dessau getötet wurde, aber auch die Thematisierung des täglichen Erlebens von Racial Profiling und anderen Diskriminierungen durch die Polizei in den Sozialen Medien, haben das Thema Polizei und Rassismus auch in Deutschland zu einem Gegenstand der öffentlichen Debatte gemacht. Dabei fällt auf, dass für den deutschsprachigen Raum bisher wenige wissenschaftliche Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet vorliegen. Diesem Umstand soll mit einem Sammelband begegnet werden, von der Kriminologin Daniela Hunold und dem Juristen Tobias Singelnstein, der auch an der ersten großen empirischen Erhebung zu rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland gearbeitet hat. In 33 Beiträgen werden sowohl theoretische Grundlagen, als auch bisher vorliegende Erkenntnisse zu verschiedenen Aspekten polizeilichen Handelns von Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen dargestellt. Darunter befindet sich auch ein Beitrag, der den Umgang der Polizei mit Zeuginnen und Zeugen mit Migrationsgeschichte thematisiert, u.a. auf der Basis der Arbeit der Opferperspektive e.V. und anderer Beratungsstellen für Betroffene von rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung. Der Band richtet sich sowohl an wissenschaftlich und politisch Interessierte, wie auch an Polizeibeamt:innen. Durch eine Fokussierung und Übersetzung der Befunde zur aktuellen Rassismusforschung in Richtung Polizei, versucht das Buch so einen Beitrag zu den auch in den Polizeibehörden stattfinden Diskussionen zu diesem Thema zu leisten und damit zu einer Veränderung polizeilicher Praxis beizutragen.

Daniela Hunold & Tobias Singelnstein: „Rassismus in der Polizei: Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme“, Springer VS, 520 Seiten, erscheint im September 2022, 42,- €.

SPENDENKONTO

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT
KONTO: 381310 BLZ: 10020500 IBAN: DE34 1002 0500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33BER
PAYPAL: info@opferperspektive.de

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 8170000 Fax: +49 (0)331 8170001
info@opferperspektive.de ww.opferperspektive.de

Redaktion: Nevena Mitić

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Opferperspektive

Gefördert aus Mitteln des
TOLERANTES BRANDENBURG